

AKTUELL

KINDERRECHTE

Abtei Neimënster schützt Kinder

Isabel Spigarelli

Die Abtei Neimënster legte diese Woche als einer der ersten Kulturbetriebe Luxemburgs eine Charta zum Kinderschutz vor. Mehr über die Hintergründe und den Inhalt.

Kinderschutz betrifft auch Kulturzentren: Die Abtei Neimënster verleiht dieser Ansicht mit der Einführung einer Charta zum Kinderschutz Ausdruck, einer der ersten dieser Art in Luxemburg. Dies teilte die Presseabteilung des Hauses am Montag, dem 4. März, mit.

Einer der Ausgangspunkte hierfür ist der Gesetzesentwurf zum Kinder- und Jugendschutz, über den derzeit in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission beraten wird. Darin steht unter anderem, dass jede Struktur, die regelmäßig oder gelegentlich Kinder und Jugendliche begrüßt, ein Schutzkonzept ausarbeiten muss. Das Neimënster fühlt sich zu recht von diesem Artikel angesprochen, denn es ist nicht nur eine öffentliche Kulturinstitution, sondern richtet sich mit seinem Angebot regelmäßig an ein junges Publikum und führt Projekte mit der Beteiligung von Minderjährigen durch.

Die Charta wurde mit Unterstützung von Susanna Greijer, unabhängiger Beraterin zu Kinderrechtsfragen, aufgestellt. Dazu teilten Teammitglieder Eindrücke aus dem Berufsalltag in ihrer Abteilung, ganz gleich ob diese unmittelbar oder indirekt mit Minderjährigen interagiert. Greijer schlug dem Team daraufhin Prozeduren vor, die in Rücksprache mit den Angestellten verabschiedet wurden. Auch externe Dienstleister*innen werden zur Einhaltung der Charta angewiesen.

Verhaltenskodex und Konsens

Das Neimënster erlegt sich selbst gleich mehrere Pflichten auf, darunter die Einstellung von Personal, das mit den Werten der Charta übereinstimmt oder das Angebot thematischer Weiterbildungen für Angestellte, die ihr Wissen über Kinderrechte erweitern möchten. Das Neimënster benennt zudem ein*en Beauftragte*n für den Kinderschutz.

Diese Person darf nicht der Unternehmensleitung angehören, kann aber Teil des Teams sein oder außerhalb des Kulturzentrums tätig sein. Die*der Auserwählte nimmt Meldungen über mögliche Missbrauchsfälle oder Verstöße gegen die Charta entgegen; sammelt Informationen zu

Kinderrechten, Fragen und Sorgen und leitet nötige Maßnahmen ein. Im Gegenzug ist es für die Angestellten Pflicht, der oder dem Beauftragten jeden Verstoß gegen die Charta oder andere in Bezug auf den Kinderschutz relevanten Beobachtungen zu melden. Die detaillierte Prozedur ist in der Charta aufgeführt, genauso wie eine Liste mit Begriffserklärungen.

Dort werden nicht nur die Verhältnisse zu den Minderjährigen definiert, sondern auch Straftaten wie körperliche und sexualisierte Misshandlung, psychologische Gewalt, Kinderhandel oder Vernachlässigung erläutert. Die Mitarbeitenden erhalten außerdem Tipps, wie sie Anzeichen von Misshandlung bei den Minderjährigen und ihren Erziehungsberechtigten erkennen können sowie was im Verdachtsfall zu tun ist: Nicht abwarten, sondern sofort mit dem oder der Beauftragten für Kinderschutz sprechen.

Darüber hinaus enthält das Dokument einen Verhaltenskodex für den Umgang mit Minderjährigen. So werden Angestellte beispielsweise dazu aufgefordert, eine kindgerechte Sprache anzuwenden und Kinder sowie ihre Erziehungsberechtigten auf Risiken hinzuweisen, die mit verschiedenen Aktivitäten verbunden sein könnten. Auch wird das Personal dazu angeregt, die Minderjährigen und ihre Geschichten ernstzunehmen und darauf zu achten, dass bei jeder Aktivität mindestens zwei Erwachsene anwesend sind. Ist letzteres unmöglich, sollten sich die Mitarbeitenden in Sichtweite ihrer Kolleg*innen oder anderer Erwachsenen mit den Minderjährigen austauschen.

Untersagt sind selbstverständlich jegliche sexuellen Kontakte oder sexualisierten Kommentare; physische und psychologische Gewalt – auch unter den Minderjährigen; oder etwa auch die Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kinder. In dem Sinne enthält die Charta auch ein Formular, in dem die Kinder altersgerecht nach ihrer Zustimmung befragt werden: Wollen sie an einem Projekt teilnehmen? Wollen sie fotografiert werden? Ein vergleichbares Dokument existiert auch für die Eltern.

Demnächst will das Neimënster die Charta in kinder- und jugendgerechte Sprache übersetzen, auch eine illustrierte Version für Kleinkinder ist geplant. Allgemein soll die Charta alle drei Jahre evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

SHORT NEWS

Budget : le « neie Schwong » de Gilles Roth

(fg) – Qui dit nouveau gouvernement dit nouveau budget. Ce mercredi 6 mars, le ministre CSV des Finances, Gilles Roth, a déposé au parlement un projet de budget transitoire couvrant la période du 1er mai au 31 décembre, les quatre premiers mois de l'année étant couverts par un budget appelé les « douzièmes provisoires ». Pour le ministre, il illustre la volonté de la coalition CSV-DP de donner « un nouvel élan à notre pays » (« neie Schwong fir eist Land ») « pour sortir de la crise » et « préparer l'avenir ». Dans les faits, il prévoit un déficit de l'État central à hauteur de 1,9 milliard d'euros en 2024, contre 1,6 milliard l'an dernier, les recettes se montant à 27,5 milliards et les dépenses à 29,4 milliards. Gilles Roth est néanmoins optimiste et prévoit un retour à l'équilibre en 2025, par un « effet ciseau inversé », avec des recettes augmentant à nouveau plus vite que les dépenses. Ce scénario repose sur une hypothèse optimiste de croissance du PIB de 2 % en 2024 et sur une cure d'amaigrissement de l'État. La part du budget consacré aux transferts sociaux est de 47 %. Le ministre a en outre confirmé une baisse de 1 % des impôts des entreprises. Si la majorité adoube ce projet, l'opposition a du mal à y voir clair tant les annonces demeurent floues et peu concrètes. Interrogée par les médias après le dépôt du texte, l'élue écologiste Sam Tanson juge que celui-ci s'inscrit dans la continuité des projets mis sur les rails par le précédent gouvernement. Pas de « nouvel élan » donc. Ce budget devrait être adopté en séance plénière le 25 avril.

Feminismus in die Verfassung

(tg) - In Frankreich ist das Recht auf Schwangerschaftsabbruch seit dieser Woche grundlegend gesichert. Mit überwältigender Mehrheit stimmten die zwei Kammern des Parlaments am Montag für diese historische Änderung in der Verfassung. Der Artikel 34 wurde um die „garantierte Freiheit der Frau, Zugang zu einem freiwilligen Schwangerschaftsabbruch“ ergänzt. Die Maßnahme gilt aus feministischer Sicht deshalb als elementar, weil das dem Verfassungszusatz entsprechende Recht nicht mehr von einer anders gesinnten Regierung eingeschränkt oder kassiert werden kann: Gesetze müssen nämlich im Einklang mit der Konstitution sein. In den Vereinigten Staaten etwa, wo das Recht auf Schwangerschaftsabbruch nicht in der Verfassung verankert ist, konnte der Supreme Court vor knapp zwei Jahren das bundesweite Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch ohne weiteres kippen. Anders als es jedoch in den vergangenen Tagen oft hieß, ist Frankreich nicht das erste Land weltweit, das eine solche verfassungsmäßige Garantie beschließt: In Jugoslawien war dies ab 1974 der Fall. In Luxemburg spricht sich die Plattform „Journée internationale des femmes (Jif)“, ein Bündnis von Organisationen, die sich für die Rechte marginalisierter Geschlechter einsetzen, bereits seit Jahren dafür aus, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch entsprechend abzusichern. Eine weitere Forderung besteht darin, die Frist für einen Abbruch von der 12. auf die 14. Schwangerschaftswoche zu erhöhen. Im aktuellen Koalitionsabkommen ist jedoch keine der beiden Maßnahmen vorgesehen. Dort heißt es lediglich, man wolle die vorgeschriebene Bedenkfrist von drei Tagen abschaffen.

Forum 436: Influencer

(ja) – Ist „Influencer*in“ ein richtiger Beruf? Diese Frage ist berechtigt, genauso wie die, was die Influencer*innen mit unserem Mediensystem machen. Immerhin greifen immer mehr Firmen zusätzlich zu klassischer Werbung auf Menschen zurück, die in den sozialen Medien viele Follower*innen haben und deren Empfehlungen sich deswegen in hohen Verkaufszahlen niederschlagen. Doch vermitteln sie womöglich gleichzeitig eine glänzende Scheinwelt, in der sie überhaupt nicht leben – oder gar Werte, die einer offenen, toleranten Gesellschaft widersprechen? Das Dossier des neuen Forums geht diesen und anderen Fragen nach. So ist die Rede von „Tradwives“ – Influencer*innen, die die patriarchale Rollenverteilung in Paarbeziehungen preisen; um die Medienregulierung der Zukunft und das Verhältnis von jungen Menschen zu sozialen Medien. Aber es kommen auch Influencer*innen selbst zu Wort: Sie geben Einblick in ihre Lebensrealität. Abgesehen vom Dossier widmet sich das Forum wie gewohnt gesellschafts- und kulturpolitischen Themen, wobei der Artikel zur sogenannten „Künstlichen Intelligenz“ die sonstige Schärfe von Forum-Analysen vermissen lässt, da das Intelligenz-Framing der Firmen, die diese Programme verkaufen, übernommen wird. Im Kulturteil werden unter anderem der Ökoterrorismus im Kino und das neue Buch („La transition sera sociale ou ne sera pas – Die soziale Dimension des ökologischen Wandels“) der Europaabgeordneten Tilly Metz (déi Gréng) analysiert.